



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

24. Sitzung (öffentlich)

12. Oktober 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775

In Verbindung mit:

**Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und
Teilhabe die Anzahl der berechtigten Kinder berücksichtigen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1691

Stellungnahme 15/967

– Anhörung der kommunalen Spitzenverbände –

Frau Verena Göppert (Städtetag NRW) äußert sich als Sprecherin der kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2775 und zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1691. – Aus dem Ausschuss werden keine den Inhalt dieser Vorlagen betreffenden Fragen gestellt.

**2 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als
ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Ausschussprotokoll 15/278

Der AGSI-Ausschuss will in seiner ordentlichen Sitzung am
9. November 2011, 10 Uhr, abschließend beraten und ab-
stimmen.

**3 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration
in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher
Vorschriften 9**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

Nach kontroverser Diskussion beschließt der Ausschuss mit
den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und
Linker gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, am
9. November 2011, 13:30 Uhr eine Anhörung zum Gesetz-
entwurf der Landesregierung Drucksache 15/2944 durch-
zuführen.

4 E.ON – Ausschüttungen streichen statt Arbeitsplatzabbau 12

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2847

Der AGSI-Ausschuss empfiehlt dem federführenden Aus-
schuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie mit den
Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP
gegen die Stimmen der Fraktion der Linken, den Antrag der
Fraktion der Linken Drucksache 15/2847 abzulehnen.

5 Gemeinsame Vorteile statt Vorurteile – Nordrhein-Westfalen unterstützt die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und eine gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften 15

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2858

Die Obleute sollen Umfang und Termin für das von der FDP-Fraktion beantragte Expertengespräch festlegen.

6 Personalsituation in den gemeinsamen Einrichtungen (gE) 17

Vorlage 15/883

Minister Guntram Schneider (MAIS) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

7 Situation taubblinder Menschen in Nordrhein-Westfalen 19

Vorlage 15/884

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss überein, dieses Thema nach Vorlage einer von der Universität Köln zu erstellenden Studie erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

8	Solidarische Gesundheitsversorgung erhalten – Bürgerversicherung einführen	21
---	---	-----------

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/854

Ausschussprotokoll 15/261

Der Ausschuss will in seiner nächsten Sitzung abschließend beraten und abstimmen.

9 **Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen – Mediziner-**
ausbildung in Ostwestfalen-Lippe voranbringen **23**

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2854 – Neudruck

Der Ausschuss erwägt, zu diesem Antrag und zum Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/534 – Neudruck – ein Expertengespräch zu führen, sofern sich dies mit der Geschäftsordnung vereinbaren lässt.

10 Behandlung von Depressionen in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern 24

Vorlage 15/882

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

11 Verschiedenes 29

- | | | |
|----|---|----|
| a) | Fragen an das MAIS im Zusammenhang mit TOP 1 dieser Sitzung | 29 |
| b) | Expertengespräch zum Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/1307 | 29 |
| c) | Informationen über das Ergebnis der nächsten Bundesratssitzung | 29 |
| d) | Sitzungstermin | 30 |
| e) | Veranstaltung des MAIS zum Fachkräftemangel | 30 |

2 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Ausschussprotokoll 15/278

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen worden. Der zur Mitberatung aufgerufene AGSI-Ausschuss und sein Unterausschuss Integration hätten sich an der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 14. September 2011 beteiligt.

Auch um Irritationen im Verhältnis des AGSI-Ausschusses zu seinem Unterausschuss Integration zu vermeiden, weise er formell darauf hin, so der Vorsitzende, dass das Plenum den vorliegenden Gesetzentwurf zur Mitberatung nicht an den Unterausschuss, sondern an den AGSI-Ausschuss überwiesen habe. Der werde ihn aus Gründen der Protokollierung vollständig beraten. Allerdings erinnere er an dieser Stelle noch einmal daran, so der Vorsitzende, dass auf seinen Brief hin der Landtagspräsident seinerzeit eine Protokollierung von Gesetzesberatungen auch im Unterausschuss zugesagt habe.

Der Vorsitzende des Unterausschusses habe zur Kenntnis gegeben, dass der Unterausschuss noch nicht über diesen Gesetzentwurf beraten habe. Ein Überweisungsbeschluss des AGSI-Ausschusses an den Unterausschuss liege nicht vor. Ungeachtet dessen stehe es dem Unterausschuss frei, über den Gesetzentwurf zu beraten. Da das Protokoll der Anhörung erst seit dem Vortag vorliege, werde der AGSI-Ausschuss voraussichtlich am 9. November 2011 in der ordentlichen Sitzung ab 10 Uhr abschließend beraten. Für den Unterausschuss, der offenbar einige Sitzungen habe ausfallen lassen, bestehe demnach auch noch die Möglichkeit zur Beratung.

Auf die Frage des Vorsitzenden an den Ausschuss, ob alle mit dieser Verfahrensweise einverstanden seien, erhebt sich kein Widerspruch.

